

15. Juni 2015

INHALT

Editorial

1. **TTIP: Parlament gespalten, Abstimmung verschoben, Kampagne geht weiter!**
2. **Kampf gegen Erderwärmung und Hunger in Entwicklungsländern**
3. **Burundi: Wahlverschiebung und Gewaltzunahme**
4. **Land Grabbing in Europa**
5. **Glyphosat: Krebserregendes Pflanzengift verbieten!**
6. **Neue Studie: Kriseninstrumente für den Milchsektor dringend erforderlich**
7. **Gentechnik: Übles Spielchen der EU-Kommission**
8. **Termine**

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

die letzte Woche war eine heiße Woche in Straßburg. Nicht nur schnellten die Temperaturen vorsommerlich in die Höhe, auch die Gemüter fanden Anlass zur Erregung. Die Abstimmung zum Handelsabkommen TTIP wurde – wohl weil das Ergebnis nicht im Sinne der TTIP-Befürworter ausgefallen wäre – auf später verschoben. Dank dem großartigen Engagement der Zivilgesellschaft konnte das Thema TTIP nicht einfach durch das Parlament gewunken werden, sondern wird weiter intensiv diskutiert. Wir GRÜNE werden jedenfalls weiterhin eine Lanze brechen gegen die Absenkung unserer Lebensmittelstandards, gegen private Schiedsgerichte und die Einschränkung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten!

Ein zweites Ereignis, das die Stimmung zum Köcheln brachte, war die Anhörung des Kommissars Andriukaitis zu seinem Vorschlag, nationale Verbote von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zu ermöglichen. Hier betreibt die Kommission ein übles Spielchen, wie unter anderem ein Email eines hohen Kommissionsbeamten belegt, wonach solche Gentechnik-Verbote wohl kaum vor Schiedsgerichten der Welthandelsorganisation zu verteidigen seien. Warum legt die Kommission einen solchen schlechten Vorschlag auf den Tisch, wenn sie nicht mal selbst daran glaubt?

Lesen Sie mehr dazu und zu weiteren spannenden Themen in meinem aktuellen Newsletter!

Herzlich

Maria Heubuch

1. TTIP: Parlament gespalten, Abstimmung verschoben, Kampagne geht weiter!

Halb Europa fieberte der für den 10. Juni vorgesehenen TTIP-Abstimmung des Europäischen Parlaments entgegen, und dann: nichts. Wohl weil das Ergebnis nicht im Sinne der TTIP-Befürworter ausgefallen wäre,

wurden Debatte und Abstimmung kurzerhand auf eine der nächsten Sitzungen verschoben. Bereits am Vorabend sorgte Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) für einen Paukenschlag: Denn statt sich dem Votum über die zahlreichen auch von den GRÜNEN eingebrachten Änderungsanträge – unter anderem zu einer klaren Position gegen die privaten Schiedsgerichte – zu stellen, verwies Schulz das Papier an den Handelsausschuss zurück. Die offizielle Begründung: Durch diesen Vorgang solle eine „inkohärente Abstimmung“ vermieden werden, die aufgrund der großen Anzahl an Änderungsanträgen drohe.

Offensichtlich soll Zeit gewonnen werden, um die Kritiker in den eigenen Reihen unter Kontrolle zu bekommen. Gegenüber der Öffentlichkeit verstärkt sich jedoch der Eindruck, dass hier etwas unter dem Deckel gehalten werden soll. Da die innerlich gespaltenen Sozialdemokraten für die Stellungnahme des Parlaments entscheidend sein werden, gilt es, weiterhin öffentlichen Druck aufzubauen. Fordern Sie die noch unentschlossenen Abgeordneten auf, sich klar gegen die Privilegierung von Konzerninteressen auszusprechen! Z.B. über folgende Homepage: www.no2isds.eu/de/

Auch wenn wir GRÜNE gegen den Aufschub der Abstimmung und Debatte waren, sehen wir in der Unstimmigkeit zwischen Sozialdemokraten und Konservativen einen großen Erfolg: Dank dem großartigen Engagement der Zivilgesellschaft konnte das Thema TTIP nicht einfach durch das Parlament gewunken werden, sondern wird in einer breitgeführten Debatte intensiv behandelt. Wir werden uns auf jeden Fall weiter gegenüber allen Fraktionen dafür einsetzen, dass wir eine Mehrheit gegen die Absenkung unserer Lebensmittelstandards, gegen private Schiedsgerichte und gegen die Einschränkung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten erreichen!



Maria beim TTIP-Protest vor dem Europäischen Parlament am 9. Juni 2015

2. Kampf gegen Erderwärmung und Hunger in Entwicklungsländern

Beim G7-Gipfel, der vom 7. bis 8. Juni unter deutschem Vorsitz in Elmau stattfand, einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf gemeinsame Ziele im Bereich Klima und Hungerbekämpfung. Nicht nur soll das Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung in der anstehenden UN-Klimakonferenz im Dezember in Paris verbindlich verankert werden. Auch sollen 500 Millionen Menschen in Entwicklungsländern bis 2030 von Hunger und Mangelernährung befreit werden. Dies sind wichtige Ankündigungen, denen jetzt Taten folgen müssen – und die konkrete Ausgestaltung ist dabei entscheidend, z.B. durch [konsequente Förderung kleinbäuerlicher und agrarökologischer Strukturen](#) (Pressemitteilung vom 5.6.2015).

Um den Klimaschutz-Versprechen Nachdruck zu verleihen, haben wir GRÜNE die Kampagne „my #climatemoment“ gestartet, bei der auch Maria als Patin aktiv mit dabei ist. Mit der Website <http://stopclimatechange.net/> informieren wir darüber, was unser Klima besonders bedroht, was jede/r einzelne tun kann und welche Maßnahmen in Paris auf den Weg gebracht werden müssen. Alle Klimafreunde können die Kampagne unterstützen, indem sie [sechs einfachen Ratschlägen](#) folgen und die Aktion per Email und über soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und Instagram bekannt machen. Wer möchte, kann auch seinen ganz persönlichen „Klima-Moment“ auf die Homepage hochladen und somit ein Zeichen für den Klimaschutz setzen.



3. Burundi: Wahlverschiebung und Gewaltzunahme

Die Lage im zentralafrikanischen Burundi, dem Partnerland von Baden-Württemberg, hat sich weiter verschlechtert und es besteht die Gefahr extremer Gewaltmaßnahmen der Regierungsmilizen gegenüber Oppositionellen. Die Vereinten Nationen haben kürzlich ihren UN-Sonderbeauftragten für Völkermordprävention nach Burundi geschickt. Hauptgrund ist, wie leider so oft in Afrika, das starre Festhalten an der Macht eines Autokraten, des aktuellen Präsidenten Pierre Nkurunziza. Die für die am 3. und 26. Juni vorgesehenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden verschoben. Dies ist einerseits positiv, löst aber nicht das grundlegende Problem, dass der Präsident sich auf eine dritte Amtszeit bewirbt, obwohl die Verfassung dies verbietet. Maria forderte am 10.6.2015 im Plenum eine verstärkte Überwachung der burundischen Medien, insbesondere solche, die wie in Ruanda 1994 den Völkerhass schüren, sowie einen Stopp der EU-Budgethilfe für die burundische Regierung. Stattdessen sollte mehr Gelder für die burundische Zivilgesellschaft und die humanitäre Hilfe für burundische Flüchtlinge in den anliegenden Nachbarländern bereitgestellt werden.

[Redebeitrag Maria von 17:26:42 bis 17:29:22](#)

4. Land Grabbing in Europa

Land Grabbing findet nicht nur in Entwicklungsländern statt, sondern auch in zunehmendem Maße in Europa. Die vom Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments veröffentlichte Studie „Extent of farmland grabbing in the EU agriculture“ beschreibt deutlich die voranschreitende Landkonzentration in Europa. Es wird daher Zeit, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Entwicklung zu stoppen! Als ersten Schritt sollte die EU Kommission Daten über den Aufkauf von Agrarland durch Kapitalgesellschaften und Spekulanten vorlegen.

Lesen Sie mehr dazu in [meiner Pressemitteilung](#). Diese Studie ist auf Englisch [hier](#) zugänglich. Die Vorstellung der Studie am 17. Juni um 9:30 im Agrarausschuss kann [hier](#) live im Internet mitverfolgt werden.

5. Glyphosat: Krebserregendes Pflanzengift verbieten!

Glyphosat, der weltweit meist verwendete Pestizidwirkstoff, wurde im März von der Weltgesundheitsorganisation als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft. Monsanto kriegt jetzt kalte Füße, denn viele seiner Produkte sind gegen diesen Wirkstoff resistent und ein großer Teil seines Profits hängt davon ab.

Monsanto befürchtet, dass die anstehende Verlängerung der EU-Zulassung für Glyphosat angesichts der neuen Erkenntnisse nicht genehmigt werden könnte. Genau das fordern wir GRÜNE: Es darf keine Neuzulassung des Gifts geben, solange nicht industrieunabhängige Studien die Gesundheitsgefahren dargelegt haben! Das [Bundesamt für Risikobewertung](#) sollte seine offensichtlich unzureichende Risikobewertung überarbeiten und auch Wechselwirkungen mit Pestizid-Zusatzstoffen stärker berücksichtigen. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit sollte sich kritischer mit den Gefahren von Glyphosat auseinandersetzen, denn in den Partnerländern wird das Gift teilweise rücksichtslos per Flugzeug über Sojaplantagen und die angrenzenden Siedlungen versprüht.

6. Neue Studie: Kriseninstrumente für den Milchsektor dringend erforderlich

Eine von den grünen Landwirtschaftsministerien veröffentlichte Studie zeigt, dass die vorhandenen Instrumente nicht ausreichend sind, um Krisen auf dem Milchmarkt effektiv zu begegnen. Den Vorschlag des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter, ein Instrument zur Mengenreduzierung in Krisenzeiten zu schaffen, werten die Minister als gute Grundlage, die es weiter auszubauen gilt. Deutschland sollte endlich seine Blockadehaltung aufgeben und sich auf europäischer Ebene für den Schutz der bäuerlichen Milchbetriebe einsetzen. Auch die EU-Kommission muss umdenken. In ihren neuen Leitlinien für die Wettbewerbspolitik im Agrarbereich hat sie den Milchsektor vergessen.

Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 8. Juni über den Initiativbericht zur Milchpolitik abgestimmt, der jedoch nur wenig konstruktive Lösungsvorschläge bietet. Zwar wurden Probleme wie die zunehmend volatilen und dauerhaft nicht kostendeckenden Milchpreise richtig erkannt. Aber wichtige grüne Forderungen, wie Verträge auf Basis von fairen Preisen, die Möglichkeit in Krisenzeiten die Produktion zurückzufahren sowie die Aufnahme von Genossenschaftsmitgliedern in Erzeugerorganisationen, wurden nicht aufgenommen. Die GRÜNEN werden auf diesen Forderungen bestehen und sie im Juli dem Plenum zur Abstimmung vorlegen. Denn sie bilden wichtige Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, grünlandbasierte Milchwirtschaft, die Arbeitsplätze in ländlichen Regionen sichert.

Link zur [Studie](#) und [Bewertung der grünen Landwirtschaftsministerien](#)
[Link zur Pressemitteilung: „Neue Studie: Kriseninstrumente für den Milchsektor dringend erforderlich“](#)

7. Gentechnik: Übles Spielchen der EU-Kommission

Ende April hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass Mitgliedsstaaten die Möglichkeit erhalten sollen, die Verwendung von gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln auf ihrem Territorium einzuschränken oder zu verbieten. Doch was ist der Hintergrund dieses Vorschlages? Das uns vorliegende Email eines hohen Beamten der EU-Kommission, wonach ein Schiedsgericht der Welthandelsorganisation die Gentechnik-Verbote „nicht einfach“ akzeptieren würde, lässt hier Zweifel aufkommen. Vor dem WTO-Schiedsgericht gelten nur wissenschaftlich fundierte Gründe für die Einschränkung des freien Warenverkehrs – und diese sind im Vorschlag der Kommission ausdrücklich ausgenommen. Es wäre ein Kinderspiel für die Anwälte von Monsanto, Pioneer & Co, andere vorgebrachte Gründe vom Tisch zu wischen. Die Kommission ist sich dessen bewusst und versucht trotzdem, ihren unzureichenden Vorschlag an die Mitgliedsstaaten zu verkaufen. Das ist inakzeptabel und manipulativ.

[Link zur Pressemitteilung: „EU-Kommission gibt zu, dass ihr Vorschlag vor der WTO kaum zu verteidigen ist“](#)

8. Termine:

26.-28. Juni 2015, in 34369 Hofgeismar

Landwirtschaft jenseits von „Wachsen oder Weichen“

- AgrarBündnis - Ev. Akademie Hofgeismar - 26. bis 28. Juni 2015

<http://www.akademie-hofgeismar.de/programm/detailansicht.php?category=start&exnr=15043>

3. Juli 2015, 18.00-21.00 Uhr, Stuttgart

Baden-Württemberg auf dem Weg zur gentechnikfreien Lebensmittelproduktion

Kulturzentrum Merlin, Augustenstraße 72, 70178 Stuttgart

<https://www.gruene-bw.de/service/termine/>

4. Juli 2015, 9.30– 7.00 Uhr, in Stuttgart

Konferenz zum EU-Jahr der Entwicklung 2015: Zukunft erwirtschaften: Zwischen Gemeinwohl und Freihandel

DEAB, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, der Oikocredit-Förderkreis Baden-Württemberg e.V und das ZEB, Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche Württemberg
Anmeldungen bis spätestens 30.6. an: zukunft-erwirtschaften@deab.de .